

Dillenburg'sche Nachrichten

mit Illustrierter Gratis-Bellage „Neue Lesehalle“.

Unabhängiges Organ

der werktätigen Berufsklassen in Stadt u. Land, des gewerblich u. kaufmännischen Mittelstandes, der Beamten, der Landwirtschaft sowie des Arbeiterstandes.

Erscheinen an allen Wochentagen. — Bezugspreis vierteljährlich mit Botenlohn 1,75 Mk., durch die Post bezogen 1,80 Mk., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 Mk.

Verlag u. Exped. Dillenburg, Gaigertstr. 9.

Preis für die einseitige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamen pro Zeile 40 Pfg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Druck v. Emil Anding, Buchdruckerei, Herborn.

Nr. 137.

Sonntag, den 14. Juni 1914.

8. Jahrgang.

Aus der nationalliberalen Partei.

(Fortsetzung).

Auch in der liberalen Presse wird gegenüber dem von dem Volk mit der Umsturzpartei angewiderten patriotischen Landvolk in ähnlich verächtlicher Tonart geschrieben: So erklärte z. B. der liberale „Westfälischer Grenzboten“ über die Wählerchaft des 8. badischen Reichstagswahlkreises:

„Dort hätten die Liberalen (Vertreter der städtischen Intelligenz) nicht viel zu erhoffen, da dort die Dummheit noch mit Köpfen getroffen werde.“

Das ist also scheinbar allgemein übliche Tonart bei der „nationale“ nationalliberalen Partei gegenüber widerhaarigen Wählern der Landbezirke, die sich nicht mit dem Umsturzsojzen vollkommen lassen.

Die sehr übrigens das jahrelange Blockverhältnis mit dem ausgesprochenen Feinden von Thron und Altar auf die liberale Anschauung in Baden eingewirkt hat, das zeigt u. a. folgende Auslassung des Amtsverordnungs (Kreis- und Amtsblatt) in Westfalen (Nr. 171 vom 8. 11. v. J.) zur Königsfrage in dem benachbarten Bayern:

„Von Gottes Gnaden hat der bisherige Prinzregent die Königswürde bekommen, während bisher ein armseliger, unglücklicher und unheilbar Geisteskranker König von Gottes Gnaden war. Ich bin weder Gegner noch Anhänger der monarchischen Staatsreform und meine, es ist gleich, ob der Repräsentant eines Volkes sich Kaiser, König oder Präsident nennt, wenn er nur ein tüchtiger Herr ist, mit dem man seine Ehre einlegen kann. Aber durch solche Dinge, wie sie jetzt in Bayern sich ereignet haben, bekäme die veraltete Gottesgnadenlehre der monarchischen Staatsreform einen effigen Rippenstoß, wenn nicht der ganze Klimm heute mehr Form- und Gehaltfragen sind, über die man zur Tagesordnung übergeht.“

Wie unterscheidet sich nun noch solch ein angeblich „nationalliberales“, zugleich mit der Würde eines Großherzogs, Amtsverordnungs ausgestattetes Blatt von der verbündeten sozialdemokratischen Presse?

Kann es da noch überraschen, wenn die „R. V.-Ztg.“ schreibt, daß in diesem heute noch monarchischen badischen Lande ein staatlich angestellter Lehrer seinen Schülern folgende Belehrung geben dürfte:

„Die Revolutionäre von 1848 seien keine schlimmen Leute, sondern Geiden, vor denen man den größten Respekt haben müsse, denn wenn sie sich empört hätten und die Königskrone umstürzen wollten, so hätten sie das nur zum Wohle des Volkes getan!“

Derselbe Lehrer soll seine Schulkinder auch dahin aufgeklärt haben, sie brauchten nicht mehr zu glauben, daß Gott die Welt erschaffen habe. Was da in der Heiligen Schrift steht, seien Sagen und Märchen, die Moses gesammelt und niedergeschrieben habe.

Daß man im Uebrigen nicht in allen nationalliberalen Kreisen mit dem eingeschlagenen Wege einverstanden ist, beweisen die vielfachen liberalen Presseäußerungen. Wir geben hier solchen Pressestimme Raum, die sich mit auffallender Schärfe gegen den mit sozialdemokratischer Hilfe gewählten Führer der Nationalliberalen, Abg. Wassermann, richtet.

(Schluß folgt).

Politische Wochenchau.

Einem Thema, an dem weite Kreise der Öffentlichkeit interessiert sind, hatte das preussische Abgeordnetenhaus

nach der Pfingstpause seine Beratungen gewidmet, nach deren Beendigung es die aus der Budgetkommission nahezu unverändert an das Plenum zurückgelangte Novelle zur Beförderungsordnung in zweiter und dritter Lesung einstimmig annahm. Das Gesetz wird, nachdem auch das Abgeordnetenhaus mit der rückwirkenden Kraft schon vom 1. April d. J. ab seine Geltung haben und den Beamten wie den Unterbeamten der ersten bis fünften Klassen zugeute kommen. So wäre also die Sache für die Beamten verhältnismäßig glatt gegangen und so abgeklärt, wie man es nach Ablehnung der Reichsbeamten-Novelle von vornherein erwartete. Von besonderem Interesse ist übrigens ein Passus, der von den bürgerlichen Parteien eingebracht und einstimmig angenommen wurde, der von den Beamten mit kinderreicher Familie spricht. Dem steigenden Bedürfnis solcher Familien soll künftig auch bei der Beförderung Rechnung gebracht werden, da es dieses Mal noch nicht geschehen ist.

Politisch kommt das Kinderprivileg, das sich bekanntlich bereits beim alten Steuergesetz durchgesetzt hat, auch bei der nächsten Beamtenbeförderungsnovelle recht bald zur Geltung; denn der Gedanke ist gesund, daß den kinderreichen Familien soviel wie möglich Erleichterungen gewährt werden müssen. — Außerdem erledigte man noch zwei Ueberweisungen an die Kommission.

In den beiden ersten Tagen dieser Woche hat die

Ausstellungskommission
nach einer Pause von mehreren Monaten wieder einmal Beratungen gepflogen, wobei — wenigstens wenn man sein Urteil nach dem amtlichen Bericht gestalten muß — anscheinend ebenso wenige positive Resultate erzielt worden sind, wie bei den bisherigen Erörterungen. Nun ruht man sich zur Abwechslung einmal wieder aus — bis Anfang November!

Seit einigen Tagen schon beschäftigt sich die Dreiverbands-Presse — in erster Linie natürlich die Pariser Blätter, die doch eigentlich für die Behandlung ihrer innerpolitischen Lage mehr Stoff zur Verfügung haben, als sie brauchen können — in den aufgeregtesten Phantasieartikeln mit der

Reise des Kaisers nach Konopischt,
die dem Besuche des befreundeten österreichischen Thronfolgers gilt. Auch der Umstand, daß der Monarch vom „Organisator der deutschen Flotte“, dem Staatssekretär von Tirpitz, begleitet ist, läßt die guten Pariser anscheinend nicht mehr zur Ruhe kommen. Daß der auf zwei Tage berechnete Konopischer Aufenthalt nicht ausschließlich dem Weidwerk gewidmet sein wird, versteht sich ja von selbst, und die Themata der politischen Gespräche lassen sich ebenso leicht vermuten. Was aber über deren Inhalt berichtet werden wird, ist vorerst alles nur Phantasiegebilde, also eigentlich nicht die Druckerschwärze wert.

Mit dem verstorbenen
Großherzog von Mecklenburg-Strelitz
ist ein Fürst heimgegangen, dessen zehnjährige Regierung, abgesehen von dem Verfassungstampf, politisch bedeutungslos verlaufen ist. Adolf Friedrich V. war ernst bestrbt, seinem Lande die von so vielen Seiten gewünschte Neuordnung zu verleihen, mußte aber seine Absichten an dem Widerstand der Ritterschleier scheitern lassen.

Trotz eifrigster Bemühungen war es dem mit der **Bildung des französischen Kabinetts** betrauten Unterrichtsminister des Ministeriums Doumergue, Viviani, nicht gelungen, seine Aufgabe durchzuführen — er scheiterte an der Frage der dreijährigen Dienstzeit, die auch seine vier „Nachfolger“, auf die Präsident Poincaré sich stützen zu können gehofft hatte, nicht lösen konnten oder wollten. Die Lage wurde für den Leiter der Republik von Stunde zu Stunde prekärer, als er im dreißigjährigen Senat Ribot endlich den Mann fand, der ihm keine Absage erteilte. In der Tat gehört viel Mut dazu, in diesem Alter und unter den obwaltenden Umständen das verantwortliche Steuerruder Frankreichs in die Hand zu nehmen! Aber der alte Herr hat es gewagt, weil er jedenfalls hofft, für sein Programm nicht nur die Rechte, sondern auch einen so großen Teil der Stimmen zu gewinnen, daß er eine genügende Majorität erhält. Die Rechte hat er unbedingt für sich, weil er das Gesetz über die dreijährige militärische Dienstzeit für unantastbar erklärt. Die äußerste Linke aber hofft er dadurch zu gewinnen, daß er ein ihr zusagendes Finanzprogramm aufstellt; vorderhand scheint aber diese Hoffnung Ribots auf sehr, sehr schwache Füße gestellt zu sein, da die äußerste Linke sich als entschiedene Gegnerin des neuen Kabinetts erklärt hat.

So voreilig es wäre, der künftigen **Entwicklung des albanischen Problems** zurzeit etwas Günstiges zu prophezeien, so zeigt doch das Zustandekommen der internationalen Flottendemonstration vor Durazzo eine Wendung zum Besseren an, die noch intensiver werden dürfte, wenn die Meldungen über den Mangel an einheitlicher Führung unter den Aufständischen sich bewahrheiten sollten. Außerdem ist auch der italienisch-albanische Zwischenfall, der durch die Verhaftung eines italienischen Obersten und eines Professors wegen Verdachts der Verbindung mit den Aufständischen entstanden war, insofern anscheinend beseitigt, als die Regierung des Fürsten Wilhelm, wie sie es ja nicht gut anders konnte, sich bei Italien entschuldigt hat, wenn auch mehr als nur eine Spur des Verdachts bestehen bleibt, daß die Verhaftung zu Recht erfolgt war. Der Fürst scheint indes nunmehr mit etwas größerem Selbstvertrauen, als in der letzten Zeit bei ihm zu erkennen war, seine Sache verfechten zu wollen. Inwieweit dieses Selbstvertrauen in den inneren Verhältnissen Albaniens seine Begründung findet, entzieht sich allerdings der Beurteilung von hier aus und läßt sich am allerwenigsten an der Hand der kritisch aufgekauften oder auch mit bestimmter Absicht gefärbten täglichen Sensationsmeldungen aus den Häfen der Adria feststellen.

Deutsches Reich.

Hof und Gesellschaft. Der Kaiser traf am Freitag früh 9 Uhr in Konopischt ein, wurde vom Thronfolger Franz Ferdinand sowie seiner Familie auf Bahnhof Benzgau begrüßt, worauf man zum Schloß fuhr.

Am gleichen Tage traf der Kronprinz, von einer längeren Generalstabreise kommend, wieder in Potsdam ein.

Die erste Regierungshandlung. Der neue Großherzog Adolf Friedrich VI. erließ am Freitag eine Proklamation, in der er verkündet, daß er die Regierung des Mecklenburg-Strelitzschen Landes angetreten habe, es wird eine dreimonatige Landestrauer und eine sechsmonatige Hoftrauer angeordnet werden. Die Truppen wurden am Vormittag des gleichen Tages auf den jetzt regierenden Großherzog vereidigt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

× Berlin, 12. Juni 1914.

98. Sitzung.
Zur heutigen dritten Lesung der Besoldungsvorlage sprach nur ein Zentrumsredner, worauf die Vorlage einstimmig Annahme fand. Ohne jede Debatte wurde dann die Novelle zum Zuständigkeitsgesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen und in die erste Lesung des Fideikommiß-Gesetzes getreten. Neues brachte die Begründung des Justizministers nicht. Sowohl der konservative Abgeordnete von Gescher wie der Zentrumsredner Bitta äußerten sich über den bekanntlich zuerst im Herrenhause erledigten Entwurf sehr günstig. Nicht ganz in diesem Sinne waren die Darlegungen des Abg. Dr. Lohmann (nkl.) gehalten, dem der Umstand, daß der Umfang des Fideikommissarisch zu bindenden Grundbesitzes, wohl zum Schaden der inneren Kolonisation, um das Doppelte vermehrt wird, sehr bedenklich vorkam. Die Versuche des Fürsten Salm, die Einrichtung der Fideikommission bis auf die mosaische Gesetzgebung zurückzuführen, unterzog Dr. Lohmann einer auf anscheinend festerer Bibelkenntnis beruhenden ablehnenden Kritik, die nach Form und Inhalt die verdiente Heiterkeit erntete. Von den Freikonservativen sprach Dr. Schrod für das Gesetz, der dessen baldiges Zustandekommen wünschte und es zu gefährden fürchtete, wenn man jetzt noch die Bauernfideikommission mit einbeziehe. Mit großen Bedenken stand der Abgeordnete Waldecke (Sp.) der Vorlage gegenüber, der in dem Fideikommißwesen ein Ausnahmerecht zugunsten eines gewissen Menschentumplexes sieht. Von den Sozialdemokraten bezeugte Herr Hofer dem ganzen gesetzgeberischen Vorgehen mit einem glatten „Nein“.

Ausland.

Frankreich.

Fürst Bismarck als Autorität.

Bei einem Bankett des republikanischen Verbandes des Seine-et-Oise-Departements hielt der Senator und ehemalige Botschafter Baron de Courcel am Donnerstag eine Rede zugunsten des Dreijahresgesetzes, in welcher er u. a. sagte, Fürst Bismarck habe ihm eines Tages erklärt, er betrachte eine Nation nur von dem Gesichtspunkte ihrer Allianzefähigkeit. Offenbar habe der Fürst damit sagen wollen, daß ihm eine Nation nur insofern Interesse biete, als sie fähig sei, Anstrengungen zu unternehmen, um sich Verbündete und Freunde zu sichern. Wenn also Frankreich eine allianzefähige Nation bleiben wolle, so müsse vor allem das Dreijahresgesetz aufrechterhalten werden.

Großbritannien.

Die Regierung und die Wahlweiber.

Im Unterhause gab der Minister des Innern Mac Kenna eine Erklärung ab, in welcher er die Politik der Regierung gegenüber den Ausschreitungen der Wahlweiber verteidigte und erklärte, er könne sich nicht an einer Politik beteiligen, die die Frauen im Gefängnis sterben lassen wolle, und er glaube nicht, daß eine solche Politik sich für das englische Volk empfehle. Er sei der Meinung, daß Frauen, die derartige Verbrechen begingen, bezahlte Agentinnen seien, und er hoffe, man habe jetzt den Beweis, der es der Regierung ermöglichen werde, den Unterzeichnern der Sammlungsaufrufe für den Agitationsfonds der Frauenrechtlerinnen den Prozeß zu machen. Infolge der Prozesse würden diese Unterzeichner persönlich für allen Schaden verantwortlich werden, der angerichtet werden würde. Ferner überlege er es sich, ob man gegen die Unterzeichner nicht auch auf strafrechtlichem Wege vorgehen könne.

Balkan.

Ein letzter Vermittlungsversuch in Albanien.

Der angesehenste Führer im Mati-Gebiet, Ahmed Bel, traf am Donnerstag in Tirana ein, um mit den angesehensten Mohammedanern zu verhandeln. Wenn seine Vermittlung erfolglos ist, so sollte spätestens am Sonntagabend der allgemeine Bismarsch beginnen.

Kleine politische Nachrichten.

Der Gouverneur von Reuguna, Dr. Hahl, ist dieser Tage in Deutschland eingetroffen; er wird nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren.

Um über die Gestaltung des Gemeindevahlverfahrens und über die Bestattung der Selbstmörder zu beraten, sind am Donnerstag die Vertreter der deutschen evangelischen Kirchenregierungen im Eisenacher Residenzschloß zusammengetreten. In Kopenhagen wurde am Freitagvormittag zehn Uhr der 10. Internationale Pressekongress im Gestaal der Universität feierlich eröffnet.

Der Pariser Kassationshof beschloß am Donnerstag, von einem Disziplinarverfahren gegen den in die Rochette-Angelegenheit verwickelten gewissen Gerichtspräsidenten Sibault de l'Isle endgültig abzusehen.

Der italienische Minister des Innern suspendierte den Abgeordneten von Ancona, Cosso Cosso, vom Amte und stellte ihn vor den Disziplinarrat, weil er am 9. Juni nachmittags die Oberleitung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ohne Ermächtigung durch seine Vorgesetzten der Militärbehörde übertragen hat.

Die italienische Proteststreik-Bewegung kommt fortgesetzt ab, und die Arbeiter kehren in den meisten Städten wieder zu ihrer Beschäftigung zurück. — In Verona und Salerno fanden am Donnerstag imposante Kundgebungen für die Armee statt.

Die Budgetkommission der russischen Reichsduma nahm die Gesetzentwürfe über die Kreditanweisung zur Durchführung des großen Militärprogramms ohne Rücksicht an.

Großherzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz ist am Donnerstagabend 8 Uhr 17 Minuten in Berlin gestorben. Am Sterbebette weilten die Großherzogin, der Erbprinz und die übrigen Familienmitglieder. Der Großherzog, der am 22. Juli 1848 in Neustrelitz geboren war, hat also ein Alter von fast 66 Jahren erreicht, er ist einem Krebsleiden erlegen, das schon Mitte März eine erste Operation notwendig gemacht hatte.



Der neue Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, Adolf Friedrich VI., ist als das dritte Kind des Verstorbenen am 17. Juni 1882 in Neustrelitz geboren; steht also im 32. Lebensjahre. Er hat in München studiert und widmete sich alsdann dem Heeresdienste. Im Juli 1898, im Alter von 16 Jahren, wurde er zum Leutnant à la suite des großherzoglich mecklenburg-strelitzschen Kontingents ernannt und am 22. Januar 1899 im Heere als Leutnant à la suite des Grenadierregiments Nr. 89 angestellt. Am 1. Oktober 1903 trat der damalige Erbgroßherzog als Leutnant beim 1. Garde-Mannregiment in Potsdam ein. Vier Jahre später unternahm er zusammen mit seinem Vater eine Studienreise nach Westafrika, bei der besonders

Roman von Dr. Weidenau.
(Nachdruck nicht gestattet.)

„Deine Liebe in Achtung zu verlieren. Was Du damals von unfreiem Leben gesagt hast, ist ganz schön, genügt aber einem Manne nicht, ist vielmehr Frauensache.“

Ohne ihn auch nur mit einem Worte zu unterbrechen, hatte die junge Frau seinen Ausführungen gelauscht; nun bot sie ihm mit glücklichem Lächeln beide Hände.

Ein Offizier von 1870 gestorben. Ein Veteran der ehemaligen Offiziere des Kurfürstentums Hessen, der später preussische Oberstleutnant Leopold von Hundelshausen, nachmaliger Offizier im Infanterieregiment Nr. 80 und des Grenadierregiments Nr. 10, der den französischen Krieg mit Auszeichnung mitgemacht und mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden war, ist in Kassel im Alter von 84 Jahren gestorben.

„Es scheint Dich also doch nicht allzusehr zu freuen, hier wieder Herr zu sein, wie ich es gedacht hatte?“ fragte die

Das Sicherungsland an der Küste von Neuburg
schweig ist weit größer, als die ersten Meldungen
erkennen ließen. Wie jetzt feststeht, sind mindestens
100 Fischer ums Leben gekommen. Die Boote wurden
vom Wirbelwind vollkommen überrascht.

Fortsetzung folgt.

Wieder keine agrarische Steuerhinterziehung.

Da die hiesigbündlerische Presse nicht müde wird, die von gewerksmäßiger agrarischer Steuerhinterziehung weiter abzuheben und durch Stadt und Land zu treiben, ohne jemals positive Unterlagen als Illustration dazu zu liefern, sehen wir uns genötigt, gerichtsmotivische Steuerhinterziehungsfälle aus den angeblich vom Hansabunde vertretenen Erwerbstreibern bekannt zu geben. So ist nach einer dem „Pfälz. Kurier“ aus Köln zugehenden Mitteilung von der dortigen Strafkammer kürzlich ein ganzes Konsortium (eine Fabrikantenwitwe, zwei Kaufleute und ein Rentner), sämtlich Beteiligte an der Papierfabrik Steinbach & Comp. in Waldmohr, wegen Steuerhinterziehung zu Strafen von 18 900—45 000, zusammen 118 275 Mark verurteilt worden. Unter den hier von der Strafkammer verurteilten Steuerhinterziehern befindet sich wieder kein einziger Agrarier, sondern nur Persönlichkeiten, die dem Hansabunde angehören könnten. Also eine erneute Mahnung zur Vorsicht beim Steinwerfen nach den Agrariern aus dem Hansabundglashaus heraus.

Lokales und Provinziales.

Dillenburg, den 13. Juni 1914.

Sonderzüge von Gießen nach Haiger zum Tausendjahrfeier. Wie uns die Bahnverwaltung heute mitteilt, werden die ursprünglich nur für den morgigen Sonntag vorgesehenen beiden Sonderzüge auch am Montag verkehren, jedoch mit wenig veränderten Abfahrtszeiten von Wehlar aus. Wir geben nachstehend die gesamten Abfahrtszeiten der eingelegten Sonderzüge nochmals wieder, bemerken aber ausdrücklich, daß die Abfahrtszeiten von Wehlar aus in der Einfahrt nur für den Montag maßgebend sind.

	ab 8,22 Uhr vorm.	Haiger	ab 8,02 Uhr abds.
Wehlar	8,30	Dillenburg	8,11
„	8,44	„	8,15
„	8,51	Niederscheid	8,21
„	8,57	Gerborn	8,27
Erbsbüschhausen	9,03	Einn	8,30
„	9,08	Edingen	8,34
„	9,16	Stenzenfurt	8,40
„	9,21	Erbsbüschhausen	8,43
„	9,29	Werdorf	8,48
„	9,36	Wipflar	9,07
„	9,42	Becklar	9,18
„	9,53	Duttenhofen	9,25
„	„	Gießen	„

